

# Grönland, Venezuela und Iran im Visier des "Friedenspräsidenten"

Von Wolfgang Effenberger

28.1.2026



US-Präsident Donald Trump inszenierte am 21. Januar in Davos 2026 einen spektakulären Auftritt als globaler Macht- und Ordnungspolitiker.<sup>(1)</sup> Vor der staunenden Welt verknüpfte er dabei Grönland, Iran und Venezuela mit seinem neuen „Friedensrat“ (Board of Peace). Zentral sind Arktis-Kontrolle über Grönland, Öl- und Sanktionspolitik gegenüber Iran/Venezuela und die Institutionalisierung einer von Washington dominierten "Friedensdurchsetzung" (peace enforcement).<sup>(2)</sup>

Die Veto-Macht USA, die bei dem Angriff auf Restjugoslawien am 24. März 1999 und seit dem bei allen folgenden Kriegen (Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien ...) auf ein UN-Mandat verzichtete, will nun Kriegs- und Friedenspartei in einer Person sein.

Unmissverständlich forderte der künftige Vorsitzende des Friedensrats in Davos „sofortige Verhandlungen“ mit Dänemark, um Grönland zu erwerben, bezeichnete die Insel als sicherheitspolitisch „essenziell“ und schloss militärische Gewalt offiziell aus, deutete aber an, die USA wären „unaufhaltbar“, falls er sich doch für „übermäßige Kraft und Gewalt“ (excessive strength and force) entscheiden würde.<sup>(3)</sup> Schon zwei Tage später schloss Trump die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens im Iran nicht aus und betonte, dass eine große Flotte in die Region unterwegs sei.<sup>(4)</sup>

Erst der Ausschluss von militärischer Gewalt und dann doch gleichzeitig die Drohung mit dem Einsatz von „übermäßiger Kraft und Gewalt“. Trumps Friedenspolitik nur ein von Washington kontrolliertes Gouvernance-Werkzeug? Am Ende von Trumps Friedensvisionen bleibt vermutlich nur noch die Gefängnis- oder Friedhofsruhe. In Davos schilderte Trump Venezuela als ehemaliges „great country“, das durch eigene Politik ruiniert worden sei, und betonte, die USA hätten „50 Millionen Barrel“ venezolanisches Öl „aufgenommen“, deren Erträge zwischen Washington und Caracas aufgeteilt würden.<sup>(5)</sup> Weiter versprach er, dass Venezuela in den kommenden sechs Monaten mehr Geld verdienen würde als in den letzten 20 Jahren, weil „jede große Ölgesellschaft“ zusammen mit den USA einsteige – de facto ein Programm zur Re-Integration venezolanischer Ressourcen in eine US-zentrierte Öl- und Finanzordnung.<sup>(6)</sup>

So ergibt sich ein Bild des selbsternannten Friedenspräsidenten, der vorgibt, Probleme zu lösen, in Wirklichkeit aber Arktis-Annexion, Energie-Deals und militärische Präzisionsschläge nutzt, um US-Dominanz in kritischen Räumen (Arktis, Golf, Karibik) dauerhaft zu verankern:

- Grönland steht für territoriale und militärische Vorwärtskontrolle im Arktisraum,
- Venezuela für die Reorganisation globaler Ölströme,
- der Iran für exemplarische Zwangsmacht und
- der Friedensrat für die institutionelle Hülle, in der all dies als „Frieden“ verkauft wird.<sup>(7)</sup>

Für Trump sind Iran und Venezuela nichts anderes als sanktionsresistente Gegenspieler, die US-Interessen in Nahost und der westlichen Hemisphäre herausfordern. Man muss kein ausgewiesener Experte sein, um darin kein isoliertes Ereignis, sondern ein zusammenhängendes Muster strategischer Konkurrenz und Druckmittel zu erkennen.<sup>(8)</sup>

Zum Ärgernis der USA haben Iran und Venezuela ihre Kooperation seit 2005 systematisch ausgebaut (Öl, Energie, Industrie, Militär, Drohnen, Technologie), um US-Sanktionen zu umgehen und sich gegenseitig zu stützen.<sup>(9)</sup>

Diese Partnerschaft, die vor allem der Sanktionsumgehung dient, wird von Washington als symbolische "Anti-US-Achse" wahrgenommen. Mit dem US-Angriff auf Caracas und der Entführung des Präsidenten Maduro hat diese Achse einen Schlag erhalten, was für Teheran sowohl finanzielle Verluste als auch strategischen Reichweitenverlust in Lateinamerika bedeutet.<sup>(10)</sup>

Venezuela fordert die USA weniger militärisch-strategisch heraus, weckt dafür aber Begehrlichkeiten. Es besitzt eine der größten Ölreserven der Welt und gilt als langfristiger Partner von Iran, Russland und China –ein Netzwerk, das US-Sanktionen teilweise umgeht. US-Außenminister Marco Rubio wird nicht müde zu betonen, dass Venezuelas Nähe zu Iran und Hisbollah beendet werden muss.

Die enge Partnerschaft Iran-Venezuela ist ohne die Rolle der USA weder historisch noch strukturell zu verstehen. Sie ist das zwangsläufige Ergebnis einer imperialen US-Politik- Die Verwendung des Begriffs "Schurkenstaat" für den Iran und Venezuela ist hier also eher eine Beschreibung eines gesamten Systemkonflikts, in dem Washington nicht außen vor, sondern zentraler Teil der Dynamik ist.<sup>(11)</sup>

Aus US-Sicht wurden beide Länder zu verknüpften Schauplätzen eines größeren Ringens um Energie, Finanzströme und geopolitische Ausrichtung.<sup>(12)</sup>

Bereits unmittelbar zu Beginn seiner ersten Amtszeit 2017 begann Trump mit einer "maximum pressure"-Kampagne gegen Venezuela: Ölsanktionen, Sekundärsanktionen gegen die Firmen, die mit der in Caracas ansässigen Ölgesellschaft (PDVSA) arbeiten. Sie wurde 1976 im Zuge der Verstaatlichung der Erdölindustrie des Landes gegründet. Des weiteren Finanzrestriktionen gegen Zentralbank und Staatsunternehmen.<sup>(13)</sup>

In seiner zweiten Amtszeit hat Trump den alten Kurs noch erweitert: zusätzliche Sanktionen gegen venezolanische Akteure, Ausbau von Abschreckung in der Region (Unterstützung von Nachbarstaaten wie Guyana, Fokus auf Drogen- und Schmugglernetzwerke).<sup>(14)</sup>

Nach dem Sturz Maduros wird Trump nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Venezuela von den USA stabilisiert und sein Ölsektor in Richtung Pro-US-Firmen transformiert wurde.<sup>(15)</sup>

Ebenfalls in seiner ersten Amtszeit verstärkte Trump den Sanktionsdruck gegen den Iran, um ökonomischen und nuklearen Druck aufzubauen. Für Washington besonders ärgerlich: seit dem Sturz des Schahs 1979 bietet der Iran den USA die Stirn und fordert die US-Verbündeten in der Golfregion heraus.

Angesichts der Verschuldung der USA erscheint es direkt zwangsläufig, dass für Trump die Energie- und Finanzhebel absolute Priorität haben: die venezolanischen Ölströme sollen wieder in Richtung USA fließen und iranische Exporte abgewürgt werden. Parallel dazu wird von Seiten der USA alles getan, um beide Länder verbindende Banken- und Logistiknetze zu zerschlagen. Von Washington wird das als

Verteidigung einer "regelbasierten Ordnung" gegen "revisionistische" Akteure verbrämt, praktisch aber als machtpolitische Sicherung von Vorherrschaft und Zugriffsrechten auf Ressourcen betrieben.<sup>(16)</sup>

Das von Washington 1999 mit der 78-tägigen Bombardierung Restjugoslawiens gebrochene Völkerrecht und die damit obsolet gewordene UN-Charta wurden einfach durch die neu geschaffene sogenannte "regelbasierten Ordnung" ersetzt, was in der nichtwestlichen Welt, die sich weiterhin dem Völkerrecht und der UN-Charta verpflichtet fühlt, für Unmut sorgt.

So verurteilen die beiden ständigen Vertreter im UN-Sicherheitsrat – Russland und China – Trumps Methoden der militärischen Einmischung, Ölkrieg und Sanktionsregime als Verletzung des Völkerrechts und als Gefahr für globale Stabilität. Beide betonen, dass kein Staat das Recht habe, militärische Gewalt gegen andere Staaten einzusetzen, um deren Regierung zu verändern, und warnen vor einer Erosion der internationalen Ordnung. Beide lehnen die USA als "selbsternannte" Weltpolizei und "internationalen Richter" vehement ab.

Ohne mit den USA in direkte Konfrontation zu gehen, investieren Russland und China in die Zusammenarbeit mit Iran und Venezuela. Ihre Strategie scheint dahin zu gehen, die bestehenden Bündnisse zwischen China/Iran/Russland zu stärken, ihre eigene Wirtschaftsautarkie und die Energieversorgung abzusichern und den Iran und Venezuela als Teil eines "alternativen Machtgefüges" zu halten – ohne indes für die Verteidigung dieser Regime zu einem vollen Krieg mit den USA bereit zu sein.

### **Trumps Angriffe auf Iran und Venezuela sollen auch die BRICS-Organisationen treffen**

In chinesischen Medien wird die Lage im Iran als Teil einer größeren geopolitischen Offensive gegen China gesehen: Trumps Druck auf Iran und Venezuela diene nicht nur dem Kampf gegen Teheran oder Caracas, sondern sei eine indirekte Front zur Kontrolle der globalen Energieversorgung und zur Eindämmung des chinesischen Aufstiegs.

Die Sanktionen gegen Iran und Venezuela treffen nicht nur diese Länder, sondern auch indirekt das BRICS-Projekt – also die Versuche dieser Staaten, eine alternative Weltordnung zur westlichen Dominanz aufzubauen. Gerade Energie- und Finanzstrukturen der BRICS werden dadurch geschwächt. Iran und Venezuela sind nämlich entscheidend für billige, unabhängige Energieflüsse – vor allem für China und Indien. Wenn die USA ihnen den Hahn zudrehen oder bei Venezuela politisch eingreifen,

zwingt das viele BRICS-Länder dazu, wieder über westlich kontrollierte Energie- und Dollarwege zu gehen. Das schwächt ihren Versuch, vom Dollar wegzukommen.

Der Machtwechsel in Venezuela und der Druck auf Iran zeigen außerdem, dass BRICS-Länder kaum Schutz vor US-Einfluss haben. Für viele Beobachter ist das ein "Stresstest". Die Erzählung vom BRICS-Block als Gegengewicht zur US-Macht wirkt plötzlich weniger glaubwürdig.

Innerhalb von BRICS+ sorgt das für mehr Zurückhaltung – Länder wie Indien oder Brasilien wollen keinen Ärger mit den USA und distanzieren sich von den "Problemfällen". Das schwächt langfristig genau die Allianzen, die Alternativen zu westlichen Finanz- Energiesystemen aufbauen wollten. Das unausgesprochene Signal lautet: Wer sich zu weit von der westlichen Ordnung entfernt, riskiert Sanktionen – und kann nicht auf BRICS-Schutz hoffen.

Für Russland, China und andere wird sichtbar, dass die Kombination aus US-Militärmacht, extraterritorialem Recht und Finanzdominanz in der westlichen Hemisphäre (Monroe-Logik) weiterhin durchsetzungsfähig ist – ein strategisches Warnsignal an alle, die über vertiefte Kooperation mit Iran/Venezuela nachgedacht haben.<sup>(17)</sup>

Auch wenn die USA ihre Maßnahmen offiziell mit Themen wie Menschenrechten oder Terrorismusbekämpfung begründen, läuft es faktisch darauf hinaus, dass sie den BRICS-Ländern Handlungsspielräume bei Energie und Finanzen nehmen – damit keine stabile Gegenordnung entsteht. Der Iran spielt dabei eine Schlüsselrolle. Sollte dort das Regime kollabieren oder ein Krieg ausbrechen, hätte das enorme Folgen für Ölpreise, Energieversorgung und Stabilität vieler BRICS-Länder. Russland und China warnen deshalb vor westlicher Einmischung, während Indien und Brasilien versuchen, diplomatisch die Balance zu halten.

Gleichzeitig zeigt die Krise aber auch die Schwäche von BRICS: Es gibt keine gemeinsame Krisenstrategie, keine Vermittlungsmechanismen, keine abgestimmte Reaktion – also keinen echten politischen Zusammenhalt.

Durch die gleichzeitige Lage in Venezuela und Iran wächst im Globalen Süden das Misstrauen gegenüber der US-Politik- viele sehen darin den Versuch, gezielt zwei zentrale Energiepartner der BRICS-Weltordnung unter Druck zu setzen.

Um aus der Eskalationsspirale auszusteigen, braucht es bewusste Kurswechsel – echte Entscheidungen, die den bisherigen Pfad durchbrechen. Zum Beispiel: Wenn sich ein Land nachweisbar anders verhält, könnte man Sanktionen etwas lockern. Oder statt intransparenten Energiehandel lieber offene Abkommen schließen und nicht nur auf Abschreckung, sondern auch auf Sicherheitsgarantien setzen.

Indem die USA Venezuelanische Ölressourcen kontrollieren und Sanktionen gegen Irans Rüstungsnetz ausweiten, versuchen sie, den globalen Einfluss Russlands und Chinas auf beiden Flanken (Karibik und Naher Osten) einzudämmen.

Die parallele Fokussierung auf **Iran und Venezuela** ist kein Zufall, sondern Teil einer **gezielten US-Strategie**, die darauf abzielt:

- **Ölmarkt und Finanzströme zu kontrollieren,**
- **Rivalen wie Russland und China strategisch zu schwächen,** und
- die Vorherrschaft des US-Dollar-basierten Systems zu sichern.

Die Instrumente reichen von **Sanktionen und Finanzdruck** bis hin zu **militärischer Machtprojektion und Kontrolle kritischer Ressourcen** — alles mit dem erklärten Ziel, die geopolitische Position der USA zu stärken und geopolitische Konkurrenten zu isolieren.



Beide Staaten gelten in Washington als ressourcenreiche „Unruhestifter“, die sich einem US-dominierten Ordnungsmodell widersetzen und eng mit anderen Rivalen wie Russland und China kooperieren.<sup>(18)</sup>

Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde der Iran auf eine Liste potenziell anzugreifender Länder gesetzt. Diese Liste umfasste sieben Länder – Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran –, die in einem internen Plan für Regimewechsel oder Interventionen in den kommenden Jahren vorgesehen waren, wie der ehemalige Viersternegeneral Wesley Clark später öffentlich berichtete. Kurz darauf, im Januar 2002, bezeichnete Präsident George W. Bush Iran öffentlich als Teil der "Achse des Bösen".<sup>(19)</sup> Von den genannten Ländern wurden bis 2011 sechs (Irak 2003, Afghanistan 2001, Libyen 2011 usw.) ohne UN-Mandat angegriffen und ins Chaos gestürzt – Iran blieb als letztes auf der Liste.<sup>(20)</sup>

Mit dem Segen von Trump startete Israel am 13. Juni 2025 eine Offensive mit über 200 Kampfflugzeugen gegen iranische Nuklearanlagen, Militärbasen und Infrastruktur, darunter Ziele nahe Teheran. Am 16. Juni bombardierten israelische Streitkräfte das Hauptquartier des staatlichen Senders IRIB (Islamic Republic of Iran Broadcasting) in Teheran. Im engen Schulterschluss schlossen sich am 22. Juni die USA unter "Operation Midnight Hammer" mit Angriffen auf Nuklearstandorte wie Natanz und Fordow an.<sup>(21)</sup> Dabei setzten die USA B-2-Bomber und U-Boot-Raketen ein, um befestigte Nuklearanlagen zu treffen, die Israel allein nicht erreichen konnte. Am 24. Juni endeten die Angriffe mit einem Waffenstillstand.<sup>(22)</sup>

Wegen des Währungszusammenbruchs protestierten Ende 2025 zunächst die Händler. Doch bald dehnten sich die Proteste landesweit aus. Trotz gemeinsamer Ziele wie Regimewechsel und Säkularismus ist die Opposition gespalten: Die Anhänger des im amerikanischen Exil lebenden Reza Pahlavi, Sohn des letzten Schahs, wollen zur Monarchie zurück und bekämpfen die wegen ihrer Gewaltgeschichte und ihrer rigiden Strukturen von Irans umstrittene Volksmudschahedin "Mojahedin-e Khalq, Volksmojahedin" (MEK) und den "National Council of Resistance of Iran" (NCRI).<sup>(23)</sup> Der vom MEK dominierte NCRI wird als "Parlament im Exil" beworben.

Neben diesen politisch motivierten Gruppen operieren im Iran ethnische Minderheiten, wie Kurden, Balutschen, Araber und Aserbaidzchaner, wobei vor allem die Kurden mit bewaffneten Formationen ihren Forderungen nach mehr Rechten oder Autonomie Nachdruck verleihen.

Basen vor allem in Irakisch-Kurdistan, teils bewaffnet, teils politisch; fordern Autonomie und die westliche Iran-Opposition besteht aus konkurrierenden Monarchisten, MEK, linken/säkular-republikanischen und ethnisch-regionalen Gruppen sowie NGOs, die gemeinsam das Regime ablehnen, aber tief gespalten sind und keine einheitliche Alternative anbieten.<sup>(24)</sup>

Angesichts der zerstrittenen Opposition, einer fehlenden zielgerichteten Führung und einer harten Reaktion der Mullahs scheinen die Proteste ins Leere zu laufen. Sicherheitskräfte sollen inzwischen Tausende Demonstrierende – die offiziell als Terroristen bezeichnet werden – getötet oder verletzt haben.<sup>(25)</sup>

Strategische Analysen westlicher Thinktanks sprechen bereits von ersten Beben eines möglichen Regimekollapses, betonen aber, dass die Sicherheitsstrukturen der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) und die der Revolutionsgarde unterstellte Massenmiliz mit Millionen noch stark genug sind, um mit massiver Gewalt die Herrschaft zu sichern.<sup>(26)</sup>

Aufgrund der Erfahrung aus den zurückliegenden von den USA nach dem Jugoslawienkrieg von 1999 inszenierten sogenannten "farbigen" Revolutionen ist davon auszugehen, dass auch aktuell im Iran die entsprechenden US-Organisationen tätig waren und sind. Wie in allen zurückliegenden Revolutionen (z. Bsp. Solidarność in Polen/ 1980, in Restjugoslawien /1999, die orangene Revolution/ 2004, der Arabische Frühling /2011 ...) haben die USA vordringlich die Protestierenden mit Kommunikationstechnik versorgt.

### **Der "Informationsraum": zentrale Waffe und Operationsdomäne der USA**

Das ist im Iran nicht anders gewesen. Hier wurden soziale Medien und Satellitenkommunikation (z. B. Starlink) aufgebaut, um Protestbewegungen zu koordinieren und zu verstärken. Der "Informationsraum" – also Kontrolle über Kommunikation, Soziale Medien und digitale Netzwerke – ist heute zur zentralen Waffe der USA geworden.

Es darf davon ausgegangen werden, dass die jüngsten Ereignisse im Iran Teil einer lang geplanten, globalen US-Strategie sind, die den "Informationsraum" als dominantes Werkzeug der Machtprojektion nutzt.<sup>(27)</sup> Er steht inzwischen auf einer Stufe mit klassischen Domänen wie den militärischen Bereichen zu Luft, Land, See.<sup>(28)</sup> Die Beherrschung des "Informationsraums" ermöglicht die Kontrolle von Wahrnehmung, Mobilisierung und politischer Stabilität.

Die USA können sich auf ihre dominierenden Plattformen-Infrastruktur (X/Twitter, Meta/Facebook, YouTube, Google usw.) stützen, um US-nahe Oppositionsgruppen zu vernetzen. Der Joker in diesem System scheint Starlink als ein relativ störresistentes, nicht vom Zielland kontrollierbares Kommunikationsnetz zu sein – ideal für Aufstände und verdeckte Operationen.<sup>(29)</sup>

Nun hat der Iran nicht nur klassische Internetzugänge <sup>□</sup> gekappt, sondern gezielt Starlink-Terminals gestört, bzw. zerstört. Es wird spekuliert, dass hierfür im Ukraine-Krieg gegen Starlink erprobte russische Elektronische Kriegsführungsfähigkeiten (EW, Electronic Warfare) in den Iran transferiert wurden; also Export nicht nur von Waffen, sondern von Fähigkeiten zur Bekämpfung gegnerischer "Command, Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance und Reconnaissance"-Struktur (C4ISR-Infrastruktur).<sup>(30)</sup>

### **Multipolare Antwort: "Informationssouveränität"**

Iran/Russland nutzen Elektronische Kriegführung defensiv zur „Schließung“ dieses Vektors. Für die „multipolare Welt“ hängt der Erfolg weniger von Panzerzahlen ab als davon, wie schnell Staaten ihre Informationssouveränität herstellen und US-Zugriff (Plattformen, Satelliten-Konnektivität, Narrative) technisch wie rechtlich begrenzen.<sup>(31)</sup> Ein Ausfall von Starlink hat für die laufenden Proteste im Iran vor allem drei große Auswirkungen:

- Schwächere Koordination der Proteste <sup>(32)</sup>,
- weniger Bilder und Berichte nach außen<sup>(33)</sup> und
- psychologische und politische Folgen.<sup>(34)</sup>

Starlink fungiert in den Protesten als lebenswichtige Kommunikations- und Beweis-Infrastruktur; sein Ausfall schwächt Organisation, Sichtbarkeit und Moral der Bewegung deutlich, während er dem Staat mehr Handlungsspielraum für harte Repression verschafft.<sup>(35)</sup>

Die Kontrolle über den Informationsraum ist also künftig genauso wichtig wie militärische oder territoriale Sicherheit.

Wolfgang Effenberger, Jahrgang 1946, erhielt als Pionierhauptmann bei der Bundeswehr tiefere Einblicke in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach zwölfjähriger Dienstzeit studierte er in München Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik) und unterrichtete bis 2000 an der Fachschule für Bautechnik. Seitdem publiziert er zur jüngeren deutschen Geschichte und zur US-Geopolitik. Zuletzt erschienen vom ihm: „Schwarzbuch EU & NATO“ (2020) sowie "Die unterschätzte Macht" (2022)



## Anmerkungen und Quellen

- 1) <https://timesofindia.indiatimes.com/technology/tech-news/donald-trumps-davos-2026-speech-live-know-date-time-venue-and-streaming-details/articleshow/126791191.cms>
- 2) <https://www.weforum.org/stories/2026/01/davos-2026-special-address-donald-trump-president-united-states-america/>
- 3) <https://time.com/7354005/trump-davos-speech-greenland/>
- 4) [https://onenews.com/article/974e400c-1a3d-4f20-acc7-4c1c8754b1fe?category=News#google\\_vignette](https://onenews.com/article/974e400c-1a3d-4f20-acc7-4c1c8754b1fe?category=News#google_vignette)
- 5) <https://www.facebook.com/firstpostin/posts/firstpostnews-us-president-trump-at-the-wef-in-davos-said-venezuela-was-a-great-/1394794229348227/>
- 6) <https://www.weforum.org/stories/2026/01/davos-2026-special-address-donald-trump-president-united-states-america/>
- 7) <https://www.dw.com/de/weltwirtschaftsforum-wef2026-donald-trump-davos-usa-wirtschaft-ki-groenland-iran-venezuela-ukraine/a-75537699>
- 8) <https://venezuelanalysis.com/analysis/why-washington-targets-iran-and-venezuela-empire-energy-and-ideology/>
- 9) <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2025/01/maximum-pressure-sanctions-on-venezuela.pdf.pdf>
- 10) <https://iinsa.org/the-cross-continental-threat-iran-and-venezuelas-us-defying-partnership/>

- 11) <https://jinsa.org/the-cross-continental-threat-iran-and-venezuelas-us-defying-partnership/>
- 12) <https://www.e-ir.info/pdf/89993>
- 13) <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2025/01/maximum-pressure-sanctions-on-venezuela.pdf.pdf>
- 14) <https://www.politico.com/newsletters/national-security-daily/2025/04/02/trump-sticks-to-maximum-pressure-on-venezuela-for-now-002673215>)
- 15) <https://warontherocks.com/2026/01/after-maduro-trumps-managed-authoritarianism-trap-in-venezuela/>
- 16) <https://warontherocks.com/2026/01/after-maduro-trumps-managed-authoritarianism-trap-in-venezuela/>
- 17) <https://www.indo-pacificstudiescenter.org/commentaries/brics-expansion-energy-sanctions-indo-pacific-hedging>
- 18) <https://www.reuters.com/world/americas/why-is-trump-administration-putting-pressure-venezuela-2025-12-16/>
- 19) <https://www.dw.com/de/die-usa-und-der-iran-eine-jahrzehntelange-feindschaft/a-51878178>
- 20) <https://www.watson.ch/international/wissen/791919619-regime-change-die-lange-liste-der-us-interventionen-in-fremden-laendern>
- 21) <https://www.britannica.com/event/Israel-Iran-conflict>
- 22) <https://de.euronews.com/2025/06/22/iran-usa-und-israel-starten-koordinierten-angriff>
- 23) Die MEK (Mojahedin-e Khalq, Volksmohajedin Irans) und die NCRI (National Council of Resistance of Iran) sind eng miteinander verbundene iranische Oppositionsgruppen, die seit den 1980er Jahren für den Sturz der Islamischen Republik eintreten.
- 24) <https://www.aljazeera.com/news/2026/1/12/which-are-irans-main-opposition-groups>
- 25) <https://www.criticalthreats.org/analysis/iran-update-january-10-2026>
- 26) <https://www.criticalthreats.org/analysis/iran-update-january-10-2026>
- 27) <https://journal-neo.su/2026/01/15/washingtons-war-on-iran-the-importance-of-defending-information-space/>
- 28) <https://english.10mehr.com/washingtons-war-on-iran-the-importance-of-defending-information-space/>
- 29) [https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/06\\_iran\\_strategy.pdf30](https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/06_iran_strategy.pdf30))
- 30) <https://www.forbes.com/sites/zakdoffman/2026/01/22/putins-kill-switch-russian-tech-shuts-down-starlink-in-iran/>; <https://norrenbrock-technik.de/c4isr/>
- 31) <https://english.10mehr.com/washingtons-war-on-iran-the-importance-of-defending-information-space/>

- 32) <https://www.fr.de/politik/proteste-im-iran-wie-starlink-autoritaere-regime-herausfordert-haben-nichts-mehr-zu-verlieren-zr-94115951.htm>33)
- 33) <https://www.handelsblatt.com/politik/international/iran-proteste-wie-starlink-die-iranische-internet-blockade-durchdringt/100192059.html>
- 34) <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/iran-internet-shutdown-regime-100.html>
- 35) <https://www.agenzianova.com/de/news/proteste-in-iran-i-morti-sarebbero-circa-12-mila-le-autorita-intensificano-la-repressione-co>